



AUSGABE 127
September 2013

ANALYSEN & ARGUMENTE

PERSPEKTIVEN DEUTSCHER AUSSENPOLITIK

Letzte Hoffnung Dezembergipfel?

IMPULSE FÜR DIE WIEDERBELEBUNG DER GEMEINSAMEN
SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK

Olaf Wientzek

Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU ist den in sie gesteckten Erwartungen bislang selten gerecht geworden. In Konflikten mit europäischer Beteiligung spielte sie zuletzt – wenn überhaupt – nur eine marginale Rolle. Im Nachgang des Libyen-Konflikts wurde mitunter gar vom „Tod“ der GSVP gesprochen. Entgegen zahlreichen Prognosen haben auch die durch die Wirtschafts- und Finanzkrise bedingten Einschnitte in den nationalen Verteidigungshaushalten bislang nicht zum notwendigen politischen Willen für mehr Zusammenarbeit geführt. Seit 2012 versuchen die EU und einzelne Mitgliedstaaten durch verschiedene Initiativen, der GSVP neues Leben einzuhauchen. Ein Beispiel dafür ist die Entscheidung, im Rahmen des diesjährigen Dezembergipfels der Staats- und Regierungschefs auf höchster politischer Ebene über Sicherheits- und Verteidigungsthemen zu diskutieren. Aufgrund der Entwicklungen in der unmittelbaren und erweiterten europäischen Nachbarschaft ist eine handlungsfähige GSVP in europäischem und deutschem Interesse. Deutschland sollte sich dafür einsetzen, dass der Gipfel sowohl ein glaubwürdiges Bekenntnis zur GSVP abgibt als auch konkrete und sichtbare Projekte für die kommenden Jahre initiiert.

Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung

Dr. Patrick Keller
Koordinator Außen- und Sicherheitspolitik
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit
Telefon: +49(0)30 2 69 96-35 10
E-Mail: patrick.keller@kas.de

Postanschrift

Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

www.kas.de

publikationen@kas.de

ISBN 978-3-944015-87-3



Konrad
Adenauer
Stiftung



INHALT

3 | SITUATION

4 | ARGUMENTE

5 | EMPFEHLUNGEN

DER AUTOR

Olaf Wientzek ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Europabüro Brüssel der Konrad-Adenauer-Stiftung.



SITUATION

Seit der Schaffung der GSVP mangelte es weder an Ambition noch an Instrumenten: Das zeigte sich bereits in den ehrgeizigen Plänen des Helsinki Headline Goal von 1999. Dieses sah unter anderem die Bildung einer Eingreiftruppe vor, die imstande sein sollte, ein Jahr lang die sogenannten Petersberg-Aufgaben zu erfüllen. 2004 wurden die EU-Kampfgruppen (sogenannte EU Battlegroups) als rasch einsetzbare Krisenreaktionskräfte ins Leben gerufen. Im gleichen Jahr wurde die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) geschaffen, um die Verteidigungsfähigkeiten der EU zu verbessern.

Beim Europäischen Ratstreffen im Dezember 2008 wurde unter der französischen Ratspräsidentschaft für die kommenden Jahre eine ehrgeizige Agenda beschlossen: So sollte die EU fähig sein, mehrere größere militärische und zivile Missionen gleichzeitig durchzuführen. Darüber hinaus sollte sie Kapazitäten in Schlüsselsektoren entwickeln, eine zivil-militärische Planungsstruktur aufbauen sowie Exzellenzzentren im Bereich der Verteidigungsindustrie schaffen. Auch der Lissabon-Vertrag enthielt bedeutende Neuerungen im Bereich der Verteidigungspolitik, unter anderem die Einführung einer Solidaritätsklausel zwischen den Mitgliedstaaten. Die wohl bedeutendste Neuerung war die *Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (SSZ)*, die Mitgliedstaaten mit einem bestimmten Fähigkeitsniveau eine verstärkte verteidigungspolitische Zusammenarbeit ermöglicht.

Neben diesen politischen Impulsen wurde erwartet, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise zu zusätzlichen Fortschritten in der GSVP führen würde. So gingen zahlreiche Beobachter von einem, durch Haushaltskürzungen in den nationalen Verteidigungsbudgets bedingten, größeren Willen zur Bündelung verteidigungspolitischer Ressourcen aus.

Bislang haben jedoch weder die institutionellen Neuerungen des Lissabon-Vertrags noch die Finanzkrise zum erhofften Umdenken geführt; vielmehr war zunächst ein Rückzug der GSVP und teilweise eine Renationalisierung der Verteidigungspolitik zu beobachten. In den Folgejahren haben mehrere Versuche, die verteidigungspolitische Zusammenarbeit zu stärken, eher ernüchternde Resultate hervorgebracht: 2010 lancierten Deutschland und Schweden die Gent-Initiative zur gemeinsamen Nutzung von Fähigkeiten oder Ausrüstung im Verteidigungsbereich („pooling und sharing“). Bislang wurden jedoch nur wenige der geplanten Projekte in die Tat umgesetzt. Im zweiten Halbjahr 2011 schlug die polnische Ratspräsidentschaft eine Reihe von Maßnahmen zur Wiederbelebung der GSVP vor. Kernthemen waren: *Pooling und sharing*, Revitalisierung der „EU Battlegroups“ sowie eine nachhaltige Verstärkung der EU-NATO-Partner-

schaft. Deutschland, Frankreich, Polen, Italien und Spanien bekannten sich im Rahmen der sogenannten Weimar-Plus-Initiative u.a. zur Schaffung permanenter zivil-militärischer Planungsstrukturen. Letztlich scheiterten diese Initiativen – insbesondere auch aufgrund des mangelnden politischen Willens der Mitgliedstaaten: Frankreich hat – nicht zuletzt nach den Erfahrungen im Zuge der Libyen-Krise – eine Präferenz für bilaterale Vereinbarungen mit dem anderen sicherheitspolitischen Schwergewicht, Großbritannien. London wiederum gingen mehrere Vorstellungen, u.a. die Einrichtung eines permanenten Hauptquartiers, viel zu weit.

Hinzu kam, dass ab 2009 fast drei Jahre lang keine GSVP-Mission lanciert wurde – die GSVP verlor so weiter an Sichtbarkeit. Eine heftig debattierte humanitäre Mission in Libyen kam 2011 nicht zustande – mithin stand die EU beim Libyen-Konflikt am Rande, die Hauptrolle spielte die NATO.

Seit 2012 wurden weitere Schritte zur Revitalisierung der GSVP unternommen. So wurden seitdem fünf neue GSVP-Missionen lanciert, wenngleich es sich durchweg um relativ kleine unterstützende Einsätze oder Ausbildungsmissionen handelt. Ende 2012 wurde ein freiwilliger Verhaltenskodex für die EDA verabschiedet, um die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten bei Beschaffung, Einsatz und gemeinsamer Verwaltung militärischer Fähigkeiten zu fördern. Im Juli 2012 einigten sich zudem die EDA und OCCAR (Organisation für engere Rüstungszusammenarbeit) auf eine engere Abstimmung. 2011 setzte die Europäische Kommission zudem die sogenannte *EU Defence Task Force* ein, die Schritte zur Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit und Effizienz im Verteidigungs- und Sicherheitssektor aufzeigen soll – ihr Bericht ist am 24. Juli dieses Jahres erschienen und soll in die Vorbereitung des Europäischen Rates im Dezember einfließen. Bis zum Europäischen Ratstreffen will die Europäische Kommission nun einige konkrete Vorschläge ausarbeiten.

Dennoch bleiben die Kernprobleme der GSVP weiterhin akut:

1. Die militärischen Instrumente der GSVP bleiben weitgehend ungenutzt: Die EU Battlegroups sind bisher nie in Kampfhandlungen eingesetzt worden. Zwar hat alleine ihre Bereitstellung offenbar positive Auswirkungen auf die Interoperabilität der Streitkräfte der jeweils beteiligten Länder. Allerdings sind sie ihrem eigentlichen Verwendungszweck als kurzfristig einsetzbares Krisenreaktionsinstrument bislang noch nicht nachgekommen. Dabei hätte es an Gelegenheiten für ihren Einsatz nicht gemangelt: Sowohl im Kongo-Konflikt 2008 als auch in Mali wären Battlegroups für einen Einsatz gut geeignet gewesen. In ersterem Fall hatten jedoch die Truppen stellenden Nationen abgelehnt, im zweiten Fall wurde diese Option gar nicht erst erwogen.



2. Pooling und sharing-Initiativen sind noch zu zaghaft, wichtige Fähigkeitslücken, etwa im Bereich des Lufttransports, konnten noch nicht geschlossen werden. Zudem zögern die Mitgliedstaaten bislang, die Rolle als „lead nation“ bei den pooling und sharing-Initiativen anzunehmen. Auch wäre es angesichts der umfassenden Kürzungen in den nationalen Verteidigungsbudgets notwendig, dass die Mitgliedstaaten ihre Sparpläne besser aufeinander abstimmen. Dies erfolgt bislang nicht.

3. Entscheidungs- und Entsendeschwindigkeit der GSVP-Missionen lassen zu wünschen übrig. Die EU ist derzeit entweder nicht willens oder fähig, einen raschen Beschluss zur Entsendung einer GSVP-Mission zu fassen. Die lange Anlaufzeit für die Trainingsmission in Mali ist nur ein Beispiel dafür.

4. Geringe Bereitschaft der Mitgliedstaaten, Personal und Mittel in die GSVP zu investieren: Gleich, ob ziviler oder militärischer Natur, GSVP-Missionen haben Schwierigkeiten, das benötigte Personal aus den Mitgliedstaaten zu erhalten. Die grundsätzliche Zurückhaltung der Mitgliedstaaten, sich in GSVP-Missionen zu engagieren, liegt wohl auch in der Finanzierungsmethode begründet. So wird der Großteil der Kosten einer Mission nach dem Prinzip „Costs lie where they fall“ finanziert, wonach der Einsatz weitgehend (im Schnitt zu etwa 90 Prozent) von den engagierten Mitgliedstaaten zu tragen ist. Lediglich rund 10 Prozent der Kosten werden gemeinsam über den sogenannten „Athena-Mechanismus“ finanziert.

5. Die GSVP wird immer weniger als wirkliche Handlungsoption in Betracht gezogen. Weder im Falle Libyens noch Malis wurde die Möglichkeit eines (militärischen) GSVP-Einsatzes ernsthaft diskutiert.

6. Eines der wichtigsten Hindernisse für die Zusammenarbeit ist der fehlende Konsens über gesamteuropäische sicherheitspolitische Instrumente und Strategien. Nach wie vor gibt es keine gemeinsame europäische strategische Kultur. Generell gibt es eine Präferenz für bilaterale Zusammenarbeit ähnlich strukturierter Länder oder multinationale Kooperationsformen außerhalb des EU-Rahmens. Ein Beispiel dafür ist das 2010 abgeschlossene britisch-französische Abkommen.

7. Gleichzeitig hat die GSVP auch in Brüssel selbst einen schweren Stand. Lange tat sich die Hohe Vertreterin Catherine Ashton mit verteidigungspolitischen Themen schwer. Es ist mithin bezeichnend, dass in den vergangenen Jahren das Europäische Parlament zum größten Befürworter einer stärkeren GSVP geworden ist.

ARGUMENTE

Von Gegnern einer Stärkung der GSVP werden folgende Argumente ins Feld geführt:

1. Zweifel an der Notwendigkeit permanenter Planungsstrukturen: Die Schaffung permanenter ziviler und militärischer Kommandostrukturen führe nur zu einer unnötigen Duplizierung der Kommandostrukturen der NATO. Vor dem Hintergrund, dass die NATO de facto die notwendigen Instrumente und damit die nötige „hard power“ besitze, um europäische Interessen wirksam zu verteidigen, sei die GSVP für die „hard security“ nachrangig und sollte sich auf zivile (Ausbildungs-)Missionen, mithin auf „soft power“-Instrumente, konzentrieren.

2. Präferenz bilateraler Zusammenarbeit außerhalb des EU-Rahmens: Die strategischen Kulturen und die außenpolitischen Präferenzen der Mitgliedstaaten seien unterschiedlich, um im EU-Rahmen zu arbeiten. Bilaterale Kooperationsformen, insbesondere das französisch-britische Abkommen, hätten dagegen durchaus erste Resultate aufgezeigt.

3. Ein drittes Argument stellt die Existenzberechtigung der GSVP an sich in Frage. Die EU habe mit zivilen und entwicklungspolitischen Mitteln bereits ein breites Instrumentarium zur Verfügung. Die EU sei eine normative Macht, „soft power“ wäre der modernere und erfolgversprechendere Weg der Machtausübung. Die Fixierung auf Fragen der „hard security“ und der NATO stehe für gestriges Denken und sei letztlich kontraproduktiv.

Dem stehen folgende Argumente für eine Stärkung der GSVP gegenüber:

1. Neuer geostrategischer Kontext: Die Ereignisse in der erweiterten Europäischen Nachbarschaft haben deutlich gemacht, dass die militärische Option ein wichtiges Instrument bleibt. Die Instabilität am Horn von Afrika und in der Sahelzone und die dortige Präsenz terroristischer Netzwerke, aber auch mehrere „eingefrorene“ Konflikte in der europäischen Nachbarschaft (Nagorno-Karabakh, Libanon) zeigen deutlich, dass die militärische Option weiterhin aufrecht erhalten werden muss. Im Falle Malis war sie vom entsprechenden Zielland durchaus erwünscht. Am selben Beispiel wird auch der potentielle Mehrwert schneller Eingreiftruppen deutlich.

Hinzu kommt die strategische Neuorientierung der USA, die ihre Ressourcen vermehrt auf den pazifischen Raum konzentrieren werden. Das bedeutet nicht den vollständigen Rückzug der USA aus Europa, aber doch die Forderung



nach mehr Eigenverantwortung der Europäer für ihre eigene Nachbarschaft. Will Europa bei den Entwicklungen vor seiner Haustür mehr als nur Zuschauer sein, muss es neben dem „soft power“-Instrumentarium auch über schlagkräftige militärische Instrumente verfügen.

2. Verteidigungspolitische Handlungsfähigkeit: Die meisten EU-Mitgliedstaaten haben bereits Schwierigkeiten, bestimmte Truppensegmente überhaupt noch aufrechtzuerhalten. Mittelfristig kann die verteidigungspolitische Handlungsfähigkeit der Mitgliedstaaten nur durch Bündelung der Ressourcen in einem gemeinsamen europäischen Rahmen gewährleistet werden. Selbst die militärischen Schwergewichte der EU, Frankreich und Großbritannien, sind im Rahmen des Libyen-Konflikts an ihre Grenzen gestoßen, sowohl quantitativ, als auch qualitativ (Luftaufklärung ohne deutsche Awacs). Einer solchen bilateralen Zusammenarbeit sind also auch Grenzen gesetzt, selbst für Frankreich und Großbritannien hat die Beteiligung anderer europäischer Partner signifikanten Mehrwert. Seit einigen Jahren hat Russland Großbritannien und Frankreich bei den militärischen Ausgaben übertrifft, von Deutschland ganz zu schweigen. Andere Regionen der Welt rüsten ebenfalls auf, während mit Ausnahme Polens die EU-Mitgliedsländer den entgegengesetzten Weg gehen. Die EU-Verteidigungsausgaben sanken zwischen 2001 und 2010 von 251 Milliarden auf 194 Milliarden Euro. Die europäischen Staaten werden mittel- und langfristig nur bei einer Bündelung der Kräfte militärisch handlungsfähig bleiben.

3. Alleinstellungsmerkmal der GSVP: Die Prognose, dass bis auf Weiteres die NATO Hauptgarant europäischer militärischer Sicherheit sein wird, ist realistisch. Dennoch ist die GSVP die geeignete Antwort auf Risiken, die nicht durch die transatlantische Allianz abgedeckt werden können. Zum einen ist ein Einsatz im Rahmen der NATO in einigen Gebieten in der europäischen Nachbarschaft aus politischen Gründen undenkbar. Wichtiger noch: Die EU verfügt nicht nur über das gesamte Spektrum militärischer und ziviler, sondern auch über das humanitäre und entwicklungspolitische Instrumente. Das Mantra der GSVP ist der „comprehensive approach“ – Krisen in der Europäischen Nachbarschaft und in den entsprechenden Nachbarregionen bedürfen eines umfassenden Ansatzes. Das Engagement der EU am Horn von Afrika ist ein gutes Beispiel für den Mehrwert dieses umfassenden Ansatzes.

4. Drohender Verlust an Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit des Verteidigungssektors: Durch Sparmaßnahmen droht eine Vernachlässigung von Forschung und Entwicklung im Verteidigungsbereich, die Innovationslücke

zu den USA wächst¹. Sinkende Mittel können zu Know-how-Verlust in der Industrie und damit auch zu einer wirtschaftlichen Schwächung führen, zumal der technologische „spillover“ von der militärischen auf die zivile Industrie nicht unerheblich ist. Die in den letzten Jahren vorgenommenen Kürzungen betreffen die operationelle Seite deutlich stärker als die Verwaltung und werden dazu führen, dass die EU in diesem Bereich mittelfristig den Anschluss verliert, wenn die knapper werdenden Ressourcen nicht gebündelt werden.

5. Das internationale Gewicht der EU wird nicht zuletzt an ihrer Fähigkeit gemessen werden, mit Sicherheitsrisiken in ihrer Nachbarschaft umzugehen, notfalls mit militärischen Mitteln. „Soft power“ mag in europäischen Ohren wohlklingend sein, entspricht aber nicht der außen- und sicherheitspolitischen Logik anderer globaler Akteure. Militärische Zusammenarbeit kann in den Beziehungen mit strategischen Partnern der EU ein wichtiger Bestandteil sein. Die EU ist aber nur dann ein interessanter Partner, wenn sie selbst über entsprechende Fähigkeiten und technologische Standards verfügt.

EMPFEHLUNGEN

Mit dem Europäischen Ratstreffen eröffnet sich eine Gelegenheit, die GSVP zur Chefsache zu machen und ihr eine neue Dynamik zu verleihen. Es bedarf zunächst einmal eines klaren politischen Signals sowie einer Diskussion über Ziele und Strukturen. Darüber hinaus sollten aber auch einige konkrete Projekte für die kommenden Jahre angestoßen werden. Deutschland ist hier in der Pflicht, Initiative zu zeigen, und kann nicht auf andere Akteure warten. Das ist auch eine Folge der kontroversen Haltung der Bundesregierung im Libyen-Konflikt – wie die CDU-Abgeordneten Andreas Schockenhoff und Roderich Kiesewetter in einem vielbeachteten Positionspapier zur GSVP schreiben: „Wir müssen anerkennen, dass die deutsche Sicherheitspolitik ein Glaubwürdigkeitsproblem hat.“ Das wirkt sich auch auf die Glaubwürdigkeit der GSVP insgesamt aus.

Politische Signale

1. Die GSVP hat inzwischen ein Glaubwürdigkeitsproblem, entsprechend wäre ein unmissverständliches Bekenntnis zur GSVP von entscheidender Bedeutung für ihre Zukunft. Der Fehler des Europäischen Ratstreffens im Dezember 2008, lediglich eine überehrgeizige Wunschliste von Fähigkeiten ohne realistische zeitliche Vorgaben zu verabschieden, darf nicht wiederholt werden. Dabei muss der Gipfel nicht als Endpunkt, sondern lediglich als Auftakt für eine neue Dynamik in diesem Politikbereich betrachtet werden.



2. Es bedarf eines grundlegenden Nachdenkens über die GSVP. Unter anderem muss deutlich werden, was die Ziele der GSVP sein sollen, was auf europäischer Ebene gemeinsam und was in ausschließlich multilateralen Kooperationsformen gemacht werden soll. Darüber hinaus sollte eine Diskussion darüber erfolgen, wie im Bedarfsfall die Solidaritätsklausel umgesetzt werden könnte. Der Deziembergipfel wird keine allumfassende Antwort geben können, doch Ziel muss es sein, einen umfassenden Beratungsprozess in die Wege zu leiten, der dann in einem Verteidigungsweißbuch mündet. Ein solches Weißbuch muss strategische Prioritäten definieren, aber auch konkrete Zielvorstellungen mit Fristen setzen, um eine Nachverfolgung zu ermöglichen und das endlose Verschieben von Deadlines (wie im Falle des *Helsinki Headline Goal*) zu vermeiden. In den Folgejahren sollte in regelmäßigen Abständen eine Bestandsaufnahme erfolgen.

Strukturen

1. Deutschland sollte sich noch stärker als bisher für die Schaffung permanenter ziviler und militärischer Planungsstrukturen einsetzen, um die rasche Planung und Durchführung von militärischen und zivilen GSVP-Missionen zu erleichtern. Insbesondere angesichts der Zunahme von Missionen mit gleichzeitig zivilem und militärischem Charakter braucht die EU eigene Planungsstrukturen und soll nicht stets auf NATO (über die Berlin-Plus-Vereinbarung) oder mitgliedstaatliche Strukturen zurückgreifen müssen – die zudem jeweils nur die militärische Seite abdecken. Permanente zivil-militärische Strukturen hätten zudem den Vorteil, dass das Management von Beginn bis Ende einer Krise in einer Institution verbleiben würde. Falls es erneut keinen allgemeinen Konsens dazu geben sollte, muss dies durch eine Koalition der Willigen im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit geschehen.

2. Reform der Finanzierung von GSVP-Missionen: Der über den Athena-Mechanismus bislang gemeinsam finanzierte Part ist zu klein. Dies schreckt grundsätzlich einsatzwillige Länder ab. Die von allen Mitgliedstaaten getragenen Kosten müssen insbesondere im Materialbereich deutlich ausgeweitet werden. Ein höherer Anteil gemeinsam getragener Kosten würde allen Mitgliedstaaten zu gute kommen, die grundsätzlich für einen Einsatz sind, sich an diesem aber aus politischen oder anderen Gründen selbst nicht beteiligen können.

3. Deutschland sollte durch den Lissabon-Vertrag geschaffene Strukturen offensiver nutzen, wie etwa die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit. Zu einem Europa à la carte gibt es im verteidigungspolitischen Bereich derzeit keine Alternative.

4. Engere Verzahnung nationaler Verteidigungsplanung: Restrukturierungsprogramme im Verteidigungssektor müssen enger abgestimmt werden. Ein vom Europäischen Parlament gefordertes „Europäisches Semester“ der Verteidigungsplanung ist wohl nicht vermittelbar. Zumindest aber müssen nationale Verteidigungsplanungen in Abstimmung mit anderen Mitgliedstaaten und insbesondere mit der EDA konzipiert werden. Die bereits praktizierte Abstimmung zwischen Großbritannien und Frankreich könnte für Deutschland als Inspiration dienen.

5. Finanzielle Aufwertung der Europäischen Verteidigungsagentur. Die Finanzmittel und die Kapazitäten der EDA sollten aufgestockt werden. Deutschland sollte sich für eine künftige Teilfinanzierung der EDA aus EU-Mitteln einsetzen.

Instrumente und Kapazitäten

1. Politische Unterstützung für „pooling & sharing“-Schlüsselinitiativen: Der Deziembergipfel muss ein sichtbares politisches Signal mit Hinblick auf pooling und sharing-Initiativen senden. Dabei sollte ein konkreter Auftrag (mit Fristen) zur Schließung der dringlichsten Fähigkeitslücken im Bereich des strategischen Lufttransports oder multinationaler Helikopter gegeben werden. Deutschland könnte Initiator eines solchen Projektes sein – und als „lead nation“ auftreten.

2. Konkrete Schritte zur Schaffung eines Binnenmarktes für Verteidigungsgüter: Ferner sollte sich Deutschland beim Gipfel und darüber hinaus für die Umsetzung einiger Vorschläge der Kommissionsmitteilung vom 24. Juli 2013 einsetzen. Bei der Ausgestaltung ihrer mitunter sehr ehrgeizigen Vorstellungen wird die Europäische Kommission von der Unterstützung nationaler Behörden abhängig sein: Zentral ist diese Unterstützung beispielsweise bei der korrekten Anwendung der Beschaffungsrichtlinie. Deutschland sollte dafür Sorge tragen, dass einige zentrale Elemente der Mitteilung bis zum Gipfel ausgestaltet werden, damit die Staats- und Regierungschefs über konkrete „Leuchtturmprojekte“ sprechen können. Deutschland sollte auch einige weiter gehende Forderungen der Mitteilung, wie die Erarbeitung einer europäischen Strategie für die Verteidigungsindustrie unterstützen.

3. Battlegroup-Konzept mit Leben füllen: Deutschland sollte sich weiter für die Wiederbelebung des Battlegroup-Konzepts einsetzen. Der deutsche Vorschlag, Komponenten der Battlegroups zur Unterstützung von Trainingsmissionen zu nutzen, ist ein erster konstruktiver, wenn auch in Brüssel umstrittener Beitrag. Dies kann aber nur eine Zwischen-



etappe sein: Den größten Mehrwert hätten die Battlegroups als wirklich schnelle Eingreiftruppe. Bislang sind die Battlegroups noch nicht im Kampfeinsatz gewesen. Das ist seitens der Exekutive politisch gewollt; der deutsche Parlamentsvorbehalt beispielsweise stünde einer solchen Nutzen nicht prinzipiell entgegen. Brüsseler Politiker warnen zu Recht

davor, dass eine GSVP, die sich nur noch als besseres Ausbildungsprogramm begreift, mittelfristig nicht überleben wird. Um die Einsatzfähigkeit der Battlegroups zu verbessern, sollten die Regierungen der Mitgliedstaaten die Interoperabilität zwischen den jeweils beteiligten Nationen weiter verbessern.

1| *Nach Angaben der Europäischen Kommission liegt das Budget der USA für Forschung und Entwicklung im Bereich der Verteidigung siebenmal höher als die Summe der Beträge aller 27 EU-Staaten. Zwischen 2005 und 2010 ist das entsprechende Budget in den EU-Ländern um 14 Prozent gesunken.*